

**Motion Fraktion GB/JA! (Sabine Baumgartner/Cristina Anliker-Mansour, GB):
Monitoring zur Entwicklung des Betreuungsgutscheinmodells in den Kitas**

Auf Januar 2014 ist die Einführung der Betreuungsgutscheine in Kindertagesstätten geplant. Hinsichtlich der Auswirkungen des Systemwechsels auf die Betreuungsbedingungen und die Arbeitsbedingungen des Personals in den städtischen, den subventionierten und den privaten Kitas bestehen viele offene Fragen. Um nach dem erfolgten Systemwechsel diesbezüglich langfristig Transparenz zu gewährleisten, ist ein jährliches Monitoring der Entwicklung des Betreuungsgutscheinmodells notwendig.

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern GEF hat im Rahmen des geplanten Systemwechsels mit der Einführung der Betreuungsgutscheine per Januar 2014 eine Erhebung, welche alle in der Stadt Bern zugelassenen Kitas umfasst und vom Forschungsbüro Ecoplan durchgeführt wird, veranlasst. Die Resultate dieses Berichts liegen bis Herbst 2015 vor. Wichtige Kriterien sind darin jedoch nicht einbezogen.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, die Einführung, Umsetzung und weitere Entwicklung des Betreuungsgutscheinmodells ab 2014 im Rahmen eines jährlichen Monitorings über die aktuellen Betreuungsbedingungen und Arbeitsbedingungen des Personals in allen Kitas auf Stadtboden anhand der Kriterien aufgeführt in der oben genannten Erhebung sowie weiterer zentraler Kriterien (wie Anstellungsbedingungen, Anzahl Ausbildungsplätze/Anzahl PraktikantInnen, Höhe Tarife/Kita-Platz-Kosten, Öffnungszeiten, soziale Durchmischung¹/geogr. Verteilung in Stadt etc.) zu evaluieren. Die Berichte sind dem Stadtrat jeweils vorzulegen.

Bern, 13. Juni 2013

Erstunterzeichnende: Sabine Baumgartner, Cristina Anliker-Mansour

Mitunterzeichnende: Christine Michel, Lea Bill, Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Franziska Grossenbacher, Esther Oester, Mess Barry, Regula Tschanz, Christa Ammann

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Motionärinnen, dass es wichtig ist, die Auswirkungen des Systemwechsels zu evaluieren, damit bei Fehlentwicklungen die nötigen Anpassungen vorgenommen werden können. Er hat es deshalb sehr begrüsst, dass die Kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) eine breit angelegte Evaluation des Betreuungsgutscheinsystems veranlasst hat, die vom Büro ecoplan durchgeführt wird. Die Evaluation basiert neben Anderem auf der intensiven Befragung der beteiligten Kitas. Sie soll dem Kanton die nötigen Grundlagen und Informatio-

¹ Vgl. Familiensituation, Einkommenssituation von Familien der in Tagesstätten betreuten Kinder, Anteil voll- und teilzeitlich betreute Kinder, Anteil Kinder aus Familien mit Sozialhilfe, Anteil Kinder mit erhöhtem Betreuungsbedarf, Anteil der Kinder deren Eltern Verständigungsschwierigkeiten haben (fremdsprachig).

nen liefern im Hinblick auf die Revision der Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV) 2016 und die eventuelle Aufnahme der Betreuungsgutscheine als neues Finanzierungssystem. Die Stadt Bern hat ja bekanntlich vom Kanton nur eine Ausnahmegewilligung als Pilotprojekt für die Einführung der Betreuungsgutscheine erhalten und kann damit die Kosten für die familienergänzende Tagesbetreuung vorläufig wie bisher dem Lastenausgleich zuführen. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport wurde bei den Vorbereitungsarbeiten zur Evaluation miteinbezogen und konnte Anliegen und Wünsche einbringen. Die Stadt Bern wird also von den Resultaten der Evaluation in erheblichem Mass profitieren können, obwohl die Kosten voll vom Kanton getragen werden.

Einem zusätzlichen Monitoring, durchgeführt von der Stadt Bern, steht der Gemeinderat aus folgenden Gründen skeptisch gegenüber:

- Ein seriöses Monitoring ist finanziell aufwändig und bedeutet zusätzlichen personellen Aufwand. Auch müssten die betroffenen Kindertagesstätten miteinbezogen bzw. zusätzlich befragt werden. Es wäre aber den Kitas schwer zu vermitteln, wenn nun die Stadt neben dem Kanton auch noch Befragungen und Erhebungen durchführen würde, nachdem ihnen im Zusammenhang mit der Einführung der Betreuungsgutscheine signalisiert wurde, dass sich der Aufwand für die Berichterstattung merklich verringern werde. Es wäre damit zu rechnen, dass verschiedene Kitas ein Mitmachen an der Befragung verweigern würden, da keine Handhabe mehr besteht, sie zur Teilnahme zu verpflichten.
- Viele der in der Motion aufgeworfenen Fragestellungen werden bereits erhoben und ausgewertet oder sind noch nicht relevant:
 - Die Anzahl der Ausbildungsplätze der einzelnen Kitas wird durch das Jugendamt bereits jährlich erfasst. Dies, weil der Kanton pro Ausbildungsplatz einen finanziellen Beitrag zur Verfügung stellt, der durch das Jugendamt an die Kitas verteilt wird.
 - Die Öffnungszeiten werden bereits erhoben, da sie eine wichtige Grundlage bilden für die Festlegung des Elterntarifs der Kitas.
 - Zur sozialen Durchmischung können auch mit den bestehenden Instrumenten Aussagen gemacht werden:
 - § Das Jugendamt kann aufgrund der ausgestellten Betreuungsgutscheine detaillierte Angaben über die Einkommenssituation der Eltern machen.
 - § Auf Grund der Tarifberechnungen werden Familiensysteme, Alleinerziehende, Staatsangehörigkeit etc. erfasst.
 - § Fälle mit sozialer Dringlichkeit bzw. sozialer Indikation sind bekannt (Vermittlung sozial dringlicher Fälle durch das Jugendamt; Nachweis der sozialen Indikation durch Fachstelle). Auch wird die soziale Durchmischung im Rahmen der Aufsichtsbesuche des Jugendamts thematisiert.
 - § Die Befragung der Kitas im Rahmen der kantonalen Evaluation enthält bereits Fragen zur sozialen Durchmischung.
 - Das Kriterium der Höhe der Tarife/Kita-Platz-Kosten ist noch nicht relevant, da der Kanton bis voraussichtlich 2016 die Obergrenze der Tarife vorschreibt und damit die Belastung für alle Eltern gleich bleibt. Das Kriterium wird erst dann interessant, wenn der Kanton die Elterntarife freigibt.
- Die GEF hat zudem grundsätzlich die Bereitschaft signalisiert, einzelne zusätzliche Fragestellungen für die Befragung im Frühjahr 2014 noch aufzunehmen. Der Gemeinderat erachtet es als zielführender, bei der GEF darauf hinzuwirken, zusätzliche Fragestellungen in ihre Evaluation aufzunehmen als zusätzlich ein eigenes Monitoring aufzubauen. Es wird mit der GEF zu verhandeln sein, in welchem Ausmass und welche Fragen noch aufgenommen werden können (z.B. Anstellungsbedingungen, Praktikumsplätze).

Aus den oben dargelegten Gründen lehnt der Gemeinderat die Durchführung eines zusätzlichen städtischen Monitorings ab. Mit den bestehenden Möglichkeiten der Stadt sowie der umfangreichen Evaluation des Kantons (inkl. der noch zusätzlich aufzunehmenden Kriterien) stehen genügend Grundlagen für eine seriöse Auswertung der Einführung der Betreuungsgutscheine zur Verfügung.

Der Gemeinderat lehnt deshalb die Motion ab. Er ist aber bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen und im Rahmen des Prüfungsberichts basierend auf Auswertungen des Jugendamts und ersten Erkenntnissen aus der kantonalen Evaluation über Entwicklungen im Zusammenhang mit der Einführung von Betreuungsgutscheinen zu berichten.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Planung, Konzeptionierung und Ausführung eines seriösen Monitorings bedingen beträchtliche finanzielle Mittel, da aus fachlichen und Kapazitätsgründen eine externe Firma mit der Durchführung beauftragt werden müsste.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 4. Dezember 2013

Der Gemeinderat